

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Bettina Domer (SPD)** und **Daniel Buchholz (SPD)**

vom 04. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. März 2020)

zum Thema:

Entwicklung der Liegenschaft des Bundes auf dem Gelände der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau: Planungen zum neuen Sicherheits- und Polizeizentrum

und **Antwort** vom 16. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Mrz. 2020)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen

Frau Abgeordnete Bettina Domer und Herrn Abgeordneten Daniel Buchholz (SPD)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 22842

vom 4. März 2020

über Entwicklung der Liegenschaft des Bundes auf dem Gelände der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau: Planungen zum neuen Sicherheits- und Polizeizentrum

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche konkreten baulichen Maßnahmen sollen in welchen Zeiträumen mit welchen Investitionsmitteln für welche Bundeseinrichtungen auf dem Gelände der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne erfolgen? (bitte aufschlüsseln nach Ziel, Zweck und Art der baulichen Nutzung mit Zuordnung einer anschließenden Nutzung)

Frage 2:

Im Zuge der Vorbereitung der baulichen Maßnahmen ist die Rede von 17 durchgeführten unterschiedlichen Untersuchungen, welche Bedarfe sollen daraus folgend mit den geplanten baulichen Maßnahmen gedeckt werden?

Frage 3:

Wie hoch ist die vorgesehene Personalstärke nach Abschluss der baulichen Maßnahmen? (bitte die Personalstärke nach Bundeseinrichtungen getrennt darstellen)

Frage 4:

Welche Fähigkeiten und Einsatzmöglichkeiten der Bundespolizei, des Zolls, der GSG9 und ggf. welcher weiteren Behörden sollen mit den baulichen Maßnahmen in Spandau gestärkt werden?

Frage 5:

Umfassen die geplanten baulichen Maßnahmen auch die Errichtung von (Not-)Landeplätze für Transport- und Einsatzhubschrauber oder sonstige Fluggeräte.

Frage 6:

Falls ja, welche zusätzlichen Sicherungsvorkehrungen gibt es hinsichtlich des Flugbetriebs, da es sich im Umfeld des Kasernenareals um urbanes Gebiet mit dichter Besiedlung handelt? Wie oft werden Flugbewegungen erwartet?

Frage 7:

Wird das Areal nach Abschluss der baulichen Maßnahmen und nach Aufnahme des Dienstbetriebs im Einzelfall für die Öffentlichkeit zugänglich sein?

Frage 8:

Welche Ausrüstungsgegenstände, Waffen und Munitionsvorräte sollen zukünftig auf dem Gelände zu Einsatzzwecken vorgehalten werden?

Frage 9:

Falls zukünftig Ausrüstungsgegenstände, Waffen und Munition auf dem Gelände genutzt oder gelagert werden sollen, wie wird eine Beeinträchtigung oder Gefährdung des Umfeldes ausgeschlossen.

Frage 10:

Wie viele Fahrzeuge der verschiedenen Bundeseinrichtungen (inklusive Sonderfahrzeuge) sollen auf dem Areal in Zukunft voraussichtlich stationiert werden und welche Park- und Garagenflächen sollen für diese vorgehalten werden?

Frage 11:

Wie werden die zu erwartenden zusätzlichen Verkehre durch die Entwicklung des Standortes (Dienst- und Einsatzfahrten, An-/Abreiseverkehre der dort beschäftigten Arbeitnehmer*innen) in die Planung eingebunden? Wie soll eine Überlastung der umliegenden Straßen verhindert und eine Belästigung der Anwohner*innen durch Verkehrslärm verhindert werden?

Frage 12:

Sind weitere Beeinträchtigungen für die Anwohner*innen und den Bezirk Spandau vorhersehbar?

Frage 13:

Welche Bedarfe haben die zukünftigen Betreiber des Zentrums im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Bezirk und Senat?

Frage 14:

Wie werden der Bund und das Land die Öffentlichkeit und die Anwohner*innen über das Bauvorhaben und den Betrieb informieren?

Antwort zu den Fragen 1 - 14:

Alle 14 Fragen beziehen sich ausschließlich auf den geplanten Bundespolizeistandort in der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne. Der Senat ist nicht eingebunden. Die nun laufende Planung erfolgt im Auftrag der BImA bzw. des Bundesinnenministeriums. Der Bezirk Spandau ist bisher nicht in die Planung einbezogen worden.

Berlin, den 16.03.2020

In Vertretung

Sebastian Scheel

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen